



Bundesverband RIAS e.V.
Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus

Antisemitismus bei BDS

Akteure – Aktionsformen – Wirkungen

Impressum

Herausgeber

Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus e. V.
(Bundesverband RIAS)

Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 5093 11910
presse@rias-bund.de

V. i. S. d. P.: Benjamin Steinitz,
Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS

Redaktion: Tanja Kinzel, Daniel Poensgen,
Marco Siegmund, Benjamin Steinitz
(Bundesverband RIAS) sowie die namentlich
ausgewiesenen Autor_innen.

Layout und Grafik: gegenfeuer.net

Lektorat Dr. Lars Breuer

Bildnachweis die Bildrechte verbleiben beim
Bundesverband RIAS e. V.; bzw. für Fotos auf den
Seiten 29 und 32 bei democ e. V.; auf den
Seiten 69 und 70 bei vue.critique Fotografie

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2023
Bundesverband der Recherche- und Informations-
stellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS).
Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für
nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung
gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheber-
recht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung,
auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher
Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber
hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein
Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss: Die Informationen in diesem
Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen
formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität
der Informationen übernimmt der Herausgeber
keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu
Webseiten Dritter, auf deren Inhalt der Herausgeber
keinen Einfluss hat. Deshalb kann dieser für diese
fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen.
Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten
Seiten sind die jeweiligen Anbieter_innen oder
Betreiber_innen der Seiten verantwortlich. Diese
Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung
des Bundesministeriums für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend oder des BAFzA dar. Für
inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und
Autoren die Verantwortung.

Vorwort	4
1. Einleitung	8
2. Historischer Abriss: Die Vorgeschichte des BDS-Aufrufs	18
3. Die Struktur hinter der Kampagne: Das BDS-Netzwerk als Akteur	24
4. Die Forderungen und Inhalte der BDS-Kampagne	36
5. Handlungen: Antisemitische Vorfälle mit BDS-Bezug	50
6. Aktivitäten, Aktionsformen und Akteur_innen der BDS-Kampagne in Deutschland seit 2011 im internationalen Kontext <i>Kim Robin Stoller</i>	78
7. Über die Entstehung einer antisemitischen Dramaturgie. BDS im deutschen Kulturbetrieb <i>Stella Leder</i>	94
8. Jüdische Perspektiven auf BDS in Deutschland	100
9. Bewertungen der BDS-Kampagne in deutschen Printmedien <i>Lukas Uwira</i>	112
10. Der BDS-Bundestagsbeschluss und seine Folgen: Der politisch-juristische Umgang mit der BDS-Kampagne	124
11. Fazit	132
12. Literaturverzeichnis	138

6. Aktivitäten, Aktionsformen und Akteur_innen der BDS-Kampagne in Deutschland seit 2011 im internationalen Kontext

Kim Robin Stoller

*Internationales Institut für Bildungs-, Sozial- und
Antisemitismusforschung (IIBSA)*

In Deutschland lassen sich seit Anfang der 2010er Jahre verstärkt Boykottaufrufe gegen Israel und (jüdische) Israelis unter dem Kampagnenlabel BDS nachweisen.¹³⁸ Antisemitische Boykottaufrufe gab es allerdings auch unabhängig von der BDS-Kampagne – sowohl vor diesem Zeitpunkt als auch seitdem. Das Internationale Institut für Bildungs-, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA) hat relevante BDS-Aktivitäten in Deutschland (etwa Demonstrationen, Konferenzen, Infostände, Störaktionen oder Kampagnen) sowie die daran beteiligten Akteur_innen analysiert. Dieses Kapitel präsentiert eine quantitative Analyse von BDS-Aktivitäten und Aktionsformen dieser Akteur_innen in Deutschland seit 2011. In diesem Zusammenhang geht das Kapitel schlaglichtartig auch auf thematische Schwerpunkte und politische Strategien der Akteur_innen ein sowie darauf, wie diese sich seit dem Bundestagsbeschluss gegen die BDS-Kampagne 2019 verändert haben.

Die Auswertung zeigt, dass man in Deutschland verschiedene Bezugnahmen auf BDS voneinander unterscheiden sollte. Vor allem ist BDS als Label für Aktivitäten oder Kampagnen zu unterscheiden von BDS als einer Organisationsstruktur. Einige Akteur_innen verwenden bei ihren Aktivitäten das Label BDS oder unterzeichnen den BDS-Aufruf, während andere Gruppen das Akronym BDS in ihrem Namen tragen oder die BDS-Kampagne selbst zum Hauptziel ihrer Aktivitäten machen. Auffällig ist, dass teilweise dieselben Personen bei Aktivitäten unterschiedlicher Gruppen oder Kampagnen unter verschiedenen Namen auftreten. Es gibt auch Organisationen, die auf lokaler oder internationaler Ebene Aktivitäten mit BDS-Bezug organisieren, ohne dass sich diese Organisationen ihrem Namen nach als Teil des BDS-Netzwerk zu erkennen geben.

Eine Website in Deutschland wirbt bundesweit für BDS-Aktivitäten und übt eine Art Klammerfunktion für diese Aktivitäten aus. Presserechtlich verantwortlich für diese Website ist die Sprecherin der Gruppe „BDS Berlin“. Die Website listet auch einige Organisationen in Deutschland auf, die BDS-Aufrufe unterstützen.¹³⁹

138 Die BDS-Kampagne fordert den Boykott ausnahmslos aller israelischen Unternehmen, Produkte sowie kultureller und wissenschaftlicher Kooperationen. Einziges Kriterium für den Boykott ist die Verbindung zum jüdischen Staat. Damit richtet sich BDS gegen alle Israelis. Mit dem Boykott israelischer Waren wird insbesondere zum Boykott jüdischer Israelis aufgerufen (siehe IIBSA 2020).

139 Siehe die Website der BDS-Kampagne unter <http://bds-kampagne.de>.

Methodisches Vorgehen

Für die vorliegende Analyse untersuchte das Forschungsinstitut IIBSA öffentlich bekannt gewordene BDS-Aktivitäten in Deutschland in den Jahren 2011 bis 2019. Die folgende Darstellung unterscheidet dabei idealtypisch verschiedene Bezugsrahmen zur BDS-Kampagne. Ausgewertet wurden öffentlich zugängliche Zeitungsartikel sowie Beiträge in sozialen Medien und auf Websites, vor allem von BDS-Gruppen. Berücksichtigt wurden für die quantitative Auswertung:

- Aktivitäten von Akteur_innen, die das Akronym BDS in ihrem Namen tragen,
- Veranstaltungen, die zu Boykott, Investitionsabzug oder Sanktionen (BDS) aufrufen oder Aktivitäten zu anderen Themen, die genutzt werden, um zu BDS aufzurufen,
- Bündnisaktivitäten unter Beteiligung von Gruppen, die das Kürzel BDS in ihrem Namen tragen und dadurch in der Außenwirkung den BDS-Aufruf unterstützen,
- BDS-Aufrufe, die verschiedene Gruppen oder Einzelpersonen unterzeichnen sowie
- die Koordination von BDS-Aktivitäten.

Jede beobachtete Aktivität wurde dabei jeweils nur einmal gezählt, auch wenn sie mehreren der genannten Kategorien zugeordnet werden konnte. Dabei gelten folgende Einschränkungen:

- Aktivitäten zentraler BDS-Aktivist_innen wurden nur dann gezählt, wenn sie einen unmittelbaren BDS-Bezug aufwiesen – es sei denn, die beteiligten Akteur_innen tragen das Akronym BDS in ihrem Namen.
- Aktivitäten von Akteur_innen, die den internationalen BDS-Aufruf unterstützen haben oder die zu BDS aufrufen, wurden nur im Kontext von Aktivitäten mit BDS-Bezug aufgenommen.

Aufgrund der hier angewandten Methodik und Datenerhebung ist von einer unbekanntem Dunkelziffer auszugehen. Zudem wurde sogenannter „silent boycott“, bei dem eine bewusste oder unbewusste Boykotthandlung gar nicht erst öffentlich oder nicht-öffentlich kommuniziert wird, nicht berücksichtigt. Auch Aussagen über die jeweilige Wirkung von Aktivitäten und Akteur_innen trifft dieser Text nicht.¹⁴⁰

140 Eine zukünftige Publikation des Forschungsinstituts IIBSA wird eine Datenzusammenführung mit Informationen zu Wirkungseffekten enthalten.

Allgemeine Beobachtungen

Israelboykotte stoßen in verschiedensten politisch-weltanschaulichen Milieus auf Resonanz. Dies reicht von rechtsextremen über christliche und friedensbewegte, arabisch-nationalistische, islamistische bis hin zu linken Milieus. Dabei heben sich vor allem jene Akteur_innen hervor, die ihren Fokus generell auf den Staat Israel richten. In der internationalen BDS-Kampagne spielen palästinensische Terrororganisationen wie Hamas oder PFLP sowie deren Sympathisant_innen eine zentrale Rolle. Wie im Folgenden gezeigt wird, gilt das auch für Deutschland.

Transnational agierende palästinensische Terrororganisationen und ihre Aktivitäten im deutschen Kontext

Die Relevanz von Hamas und PFLP bzw. von deren Sympathisant_innen als Akteur_innen im Kontext von BDS in Deutschland lässt sich anhand einiger Aktivitäten verdeutlichen. Die bisher größte Konferenz in Deutschland, auf der zum Boykott Israels und zu BDS aufgerufen wurde, ist die „Palestinians in Europe Conference“ (Abbildung 1) im Mai 2015 in Berlin. Sie hatte mehrere Tausend Teilnehmer_innen.¹⁴¹ Die Konferenz findet jährlich in wechselnden europäischen Städten statt. Veranstalter ist das „Palestinian Return Center“ (PRC) mit Sitz in London. Laut dem Berliner Verfassungsschutz ist es die „zentrale Propagandaorganisation der Hamas in Europa“.¹⁴² Als lokaler Partner in Berlin organisierte die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (PGD) die Konferenz mit. Sie ist laut dem Berliner Verfassungsschutz ein „Dachverband palästinensischer Organisationen in Deutschland, deren Mitglieder überwiegend der Hamas¹⁴³ angehören oder mit ihr sympathisieren“.¹⁴⁴ Sowohl das PRC als auch die PGD bzw. zentrale Vertreter_innen beider Organisationen waren in den vergangenen Jahren auch an Demonstrationen in Deutschland beteiligt, bei denen es zu antisemitischen Vorfällen kam.¹⁴⁵ Die internationale Relevanz der Konferenz und

141 Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Berlin 2015. Berlin 2016, S. 57.

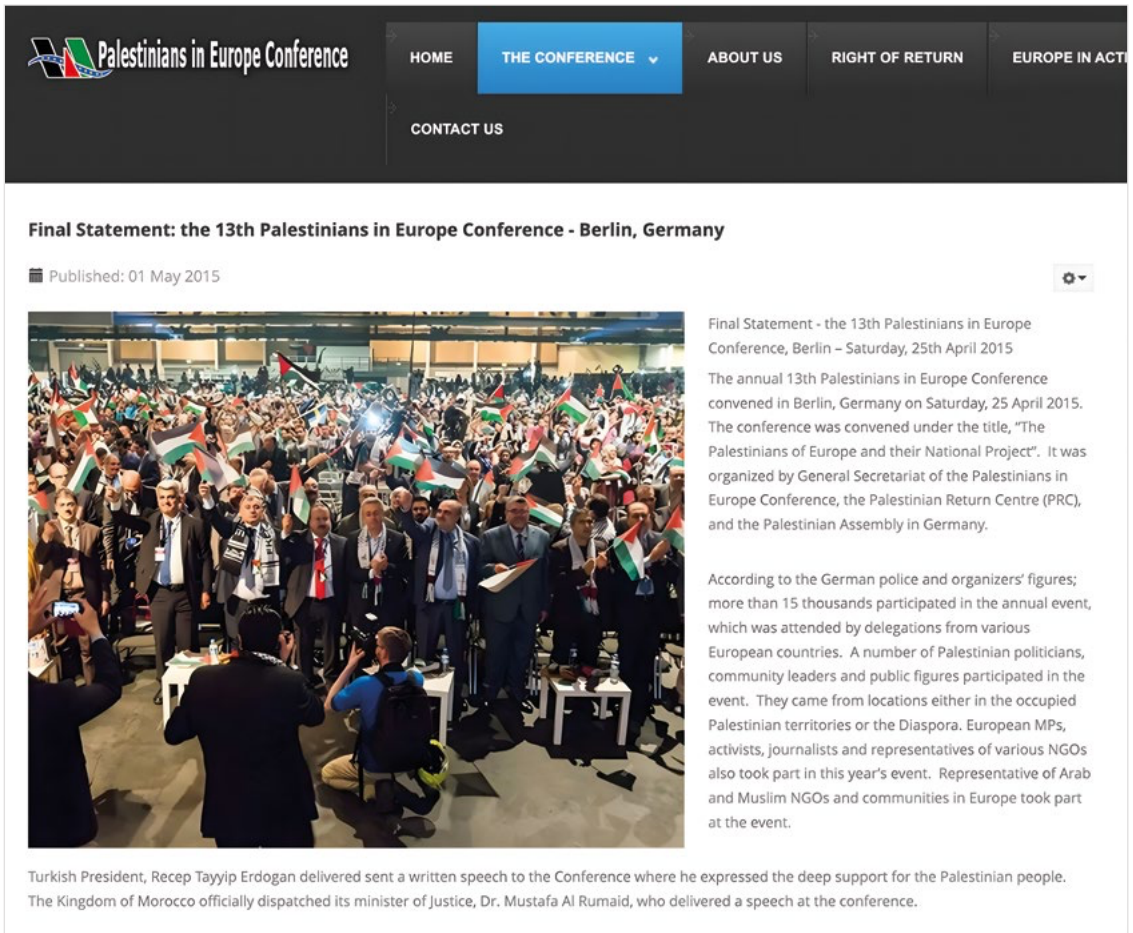
142 Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Berlin 2018. Berlin 2019, S. 59.

143 Die Terrororganisation Hamas unterstützt auch auf ihren Social Media Kanälen die BDS-Kampagne (siehe Abbildung 2).

144 Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Berlin 2020. Berlin 2021, S. 51.

145 Siehe Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung IIBSA: Die Mobilisierung des Hasses: Antisemitische und anti-israelische Akteur_innen in Deutschland im internationalen Kontext, In: Bundesverband RIAS/IIBSA 2021, S. 16 – 39.

Netzwerke zeigen unter anderem die Sprecher_innen auf der Konferenz. 2015 gehörte dazu der damalige marokkanische Justizminister Mustafa Ramid von der islamistischen „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD). Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan richtete sich mit einer schriftlich übermittelten Rede an die Konferenz. Im Abschlusskommuniqué der Konferenz heißt es: „Thus, we call on Europe to cancel all trade, commercial, cultural cooperation with Israel and adopt BDS as a policy towards a state that adopt apartheid against another nation.“ (Abbildung 1)



Palestinians in Europe Conference

HOME THE CONFERENCE ▼ ABOUT US RIGHT OF RETURN EUROPE IN ACT

CONTACT US

Final Statement: the 13th Palestinians in Europe Conference - Berlin, Germany

Published: 01 May 2015

Final Statement - the 13th Palestinians in Europe Conference, Berlin – Saturday, 25th April 2015

The annual 13th Palestinians in Europe Conference convened in Berlin, Germany on Saturday, 25 April 2015. The conference was convened under the title, "The Palestinians of Europe and their National Project". It was organized by General Secretariat of the Palestinians in Europe Conference, the Palestinian Return Centre (PRC), and the Palestinian Assembly in Germany.

According to the German police and organizers' figures; more than 15 thousands participated in the annual event, which was attended by delegations from various European countries. A number of Palestinian politicians, community leaders and public figures participated in the event. They came from locations either in the occupied Palestinian territories or the Diaspora. European MPs, activists, journalists and representatives of various NGOs also took part in this year's event. Representative of Arab and Muslim NGOs and communities in Europe took part at the event.

Turkish President, Recep Tayyip Erdogan delivered sent a written speech to the Conference where he expressed the deep support for the Palestinian people. The Kingdom of Morocco officially dispatched its minister of Justice, Dr. Mustafa Al Rumaïd, who delivered a speech at the conference.

Abbildung 1: Abschlusserklärung vom 25. April 2015 der bisher größten BDS-unterstützenden Konferenz in Deutschland mit mehreren tausend Teilnehmenden in Berlin. Quelle: Screenshot des Wayback-Archivs auf Archive.org der Website „Palestinians in Europe Conference“ (alawda.eu) (28.8.23).



Abbildung 2: Die Hamas grüßt die „BDS-Bewegung“ und spricht ihr ihre Unterstützung aus. Quelle: Screenshot vom Twitteraccount „Hamas Movement“ (11.11.2019).

Neben der Hamas spielen bei der Forderung nach Boykott und Sanktionen gegen Israel in Deutschland vor allem die PFLP und deren Sympathisant_innen eine zentrale Rolle. Leila Khaled, eine verurteilte Terroristin, die wegen ihrer Beteiligung an Flugzeugentführungen der PFLP eine mehrjährige Haftstrafe verbüßte, tourt seit Jahren für die PFLP durch verschiedene Kontinente, um Werbung für die BDS-Kampagne zu machen. In diesem Sinne trat Khaled auch bereits mehrfach in Deutschland auf. Die PFLP bewarb diese Auftritte auf ihrer Website (Abbildung 3). Eine zentrale Rolle in der internationalen Koordination von BDS-Aktivitäten spielt auch die der PFLP nahestehende Gefangenenhilfsorganisation „Palestinian Prisoners Network Samidoun“ (siehe Kapitel 3). Israel sieht Samidoun als Teil der internationalen Terrororganisation PFLP an. Die Organisation bewirbt international die BDS-Kampagne. Charlotte Kates, die internationale Koordinatorin von Samidoun, ist nach Angaben der Website von Samidoun mit Khaled Barakat verheiratet.¹⁴⁶ Dieser ist seit Jahren auch für das BDS-Netzwerk in Europa und Deutschland aktiv. Die PFLP bewirbt unter anderem Barakats Veranstaltungen (Abbildung 4).

Die Sprecherin von „BDS Berlin“ trat mehrfach bei Veranstaltungen der „Demokratischen Komitees Palästinas e. V.“ auf – einer in Berlin ansässigen PFLP-Sympathisant_innenorganisation. Ein Beispiel ist eine Feier zum Jahrestag der Gründung der PFLP (Abbildung 5). Die Relevanz der Verbindung zwischen PFLP und BDS wird daran deutlich, dass die Sprecherin auch Inhaberin der Domains und presse-rechtlich verantwortlich für die Websites bdsberlin.org, bds-kampagne.de und palaestina-solidaritaet.de ist. Die genannten Websites bewerben maßgeblich BDS-Aktivitäten in Deutschland.

146 Ohne Autor: Komplizenschaft der EU mit Israel beim Angriff auf den Marsch der Rückkehr und auf die Diaspora. <https://samidoun.net/de/2022/10/komplizenschaft-der-eu-mit-israel-beim-angriff-auf-den-marsch-der-rueckkehr-und-auf-die-diaspora/> (20.09.2023).

Die von der zentralen Hamas-Propagandaorganisation in Europa organisierte pro-BDS-Konferenz in Berlin sowie das zentrale Engagement von PFLP-Sympathisant_innen in Deutschland für die BDS-Kampagne zeigen, dass einige der zentralen Akteur_innen des pro-BDS-Netzwerks in Deutschland sich parallel für Terrororganisationen engagieren, die gewaltsam für die Vernichtung Israels kämpfen.



Abbildung 3: Leila Khaled (PFLP) auf einer Tour zum Aufbau der Boykott- und BDS-Kampagne durch Deutschland, Schweden und Österreich, hier am 13. April 2016 in Wuppertal. Quelle: Screenshot von der Website der PFLP (11.7.2017).



Abbildung 4: Khaled Barakat bei einer Veranstaltung am 23. September 2015 in Wuppertal. Quelle: Screenshot von der Website der PFLP (11.7.2017).



Abbildung 5: Die Sprecherin der Gruppe „BDS Berlin“ auf der Feier zum 49-jährigen Bestehen der PFLP am 13. Dezember 2014 in Berlin. Quelle: Screenshot von youtube.com (28.8.2023).

BDS-Aktivitäten in Deutschland

Auch zahlreiche lokale Gruppen unterstützen die BDS-Kampagne in Deutschland. Dabei lässt sich über die Jahre sowohl eine zunehmende Zahl als auch eine zunehmende geografische Verbreitung von BDS-Aktivitäten in Deutschland feststellen. Für das Jahr 2011 – zu Beginn der Erfassung durch das Forschungsinstitut IIBSA – lässt sich das Auftreten von Personen oder Gruppen unter dem Label BDS in Berlin, Bonn, Bremen, Hamburg, Heidelberg, München und Stuttgart nachweisen. Auch die politischen Milieus, in denen Israel-Boykottkampagnen in Deutschland auf Resonanz stoßen, diversifizierten sich im Laufe der Zeit. Das politische Spektrum reicht von den bereits erwähnten Gruppen über Personen aus der Friedensbewegung, christliche, linke, jüdisch-antizionistische, palästinensische und islamistische Gruppierungen bis hin zu Rechtsextremen. Einige BDS-Unterstützer_innen beziehen sich auf eine spätestens seit 2002 öffentlich einsehbare Boykottliste israelischer Unternehmen, die auf der Website muslim-markt.de veröffentlicht worden war. Der Betreiber der Seite unterstützt laut Bundesamt für Verfassungsschutz „nachdrücklich die Politik des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamenei“ und war Vorsitzender eines schiitisch-islamistischen Vereins in Delmenhorst bei Bremen.¹⁴⁷ Die 2013 gegründete rechtsextreme Kleinstpartei „Der III. Weg“ verlinkt ebenfalls auf diese Website und verweist auf die BDS-Kampagne. Zu den politischen Aktivitäten der Partei gehören seit Jahren auch Boykottaufrufe gegen Israel. Dabei greift sie Motive, Parolen und Narrative der

147 Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2014. Berlin 2015, S. 112.

BDS-Kampagne auf und bezieht sich positiv auf diese sowie auf andere BDS-Akteur_innen. Bereits 2014 beteiligte sich die Partei gemeinsam mit über 20 anderen rechtsextremen Organisationen aus dem Umfeld der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) sowie sogenannten „Freien Kräften“ – losen Zusammenschlüssen von Personen aus dem rechtsextremen Spektrum – an einer antisemitischen Kampagne gegen Israel. Diese rief unabhängig von BDS zum Boykott israelischer Waren auf.

Aus dem linken politischen Spektrum schloss sich mit der „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) eine Kleinstpartei unmittelbar der BDS-Kampagne an. Darüber hinaus lässt sich auch eine Verbindung der MLPD zur PFLP nachweisen. So nannte die MLPD beispielsweise 2016 und 2017 die PFLP als Teil einer gemeinsamen Wahlplattform für die Bundestagswahl 2017.¹⁴⁸

2019 – also in dem Jahr, in dem der Deutsche Bundestag einen Beschluss gegen die BDS-Kampagne fasste, fanden BDS-Aktivitäten in Berlin, Bonn, Bremen, Dresden, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Höxter, Kassel, Köln, Königswinter, Mannheim, München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Osnabrück, Stuttgart und Tübingen statt. Waren 2011 also BDS-Aktivitäten in mindestens sieben deutschen Städten zu beobachten, waren es 2019 schon mindestens 21 Städte.

Die quantitative Erfassung erfolgte bis zum BDS-Bundestagsbeschluss 2019. In Folge dieses Beschlusses änderten sich die Dynamiken, namentliche Nennungen und Strategien von BDS-Akteur_innen. Im Zuge des Bundestagsbeschlusses wurden BDS-Aktivitäten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen thematisiert. Das machte eine ganz andere Art der Erfassung dieser Aktivitäten erforderlich. Da diese mit der Erfassung in den Jahren 2011 bis 2019 nur eingeschränkt vergleichbar ist, wird sie hier nicht dargestellt.

148 Die MLPD führte die PFLP als „Trägerorganisation“ des Bündnisses „Internationalistische Liste/MLPD“ auf. Später, nach öffentlicher Kritik daran, wurden als „Trägerorganisationen“ nur noch „Sympathisanten der PFLP“ genannt, zudem das „Demokratische Komitee Palästinas e. V.“ [sic!]. Quellen: Archive.org vom 11. Dezember 2016, https://web.archive.org/web/20161211152952/http://www.internationalistische-liste.de/?page_id=52

Überblick über die Aktivitäten und Aktionsformen der BDS-Kampagne

Jahr	Anzahl BDS-Aktivitäten
2011	41
2012	27
2013	25
2014	51
2015	71
2016	80
2017	130
2018	148
2019	93

Abbildung 6: Anzahl der vom Forschungsinstitut IIBSA erfassten BDS-Aktivitäten in Deutschland 2011–2019 in absoluten Zahlen.

Anzahl BDS-Aktivitäten

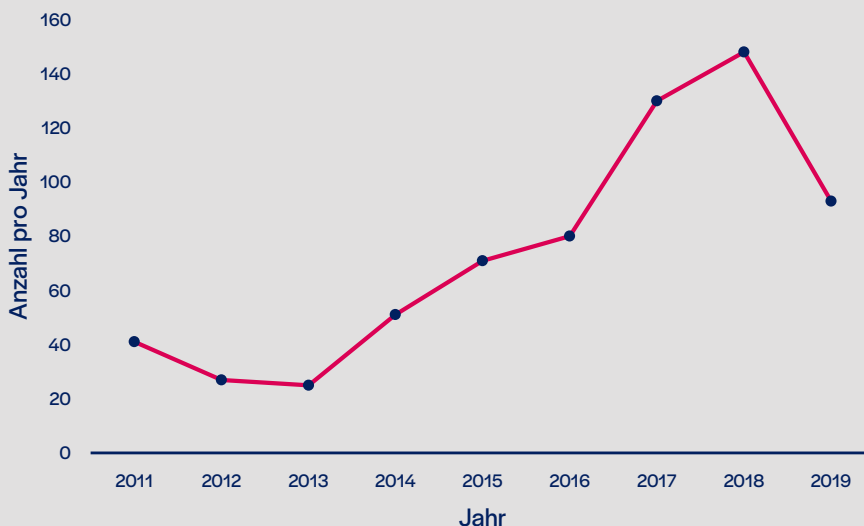


Abbildung 7: Grafische Übersicht der Anzahl der vom Forschungsinstitut IIBSA erfassten BDS-Aktivitäten in Deutschland 2011–2019.

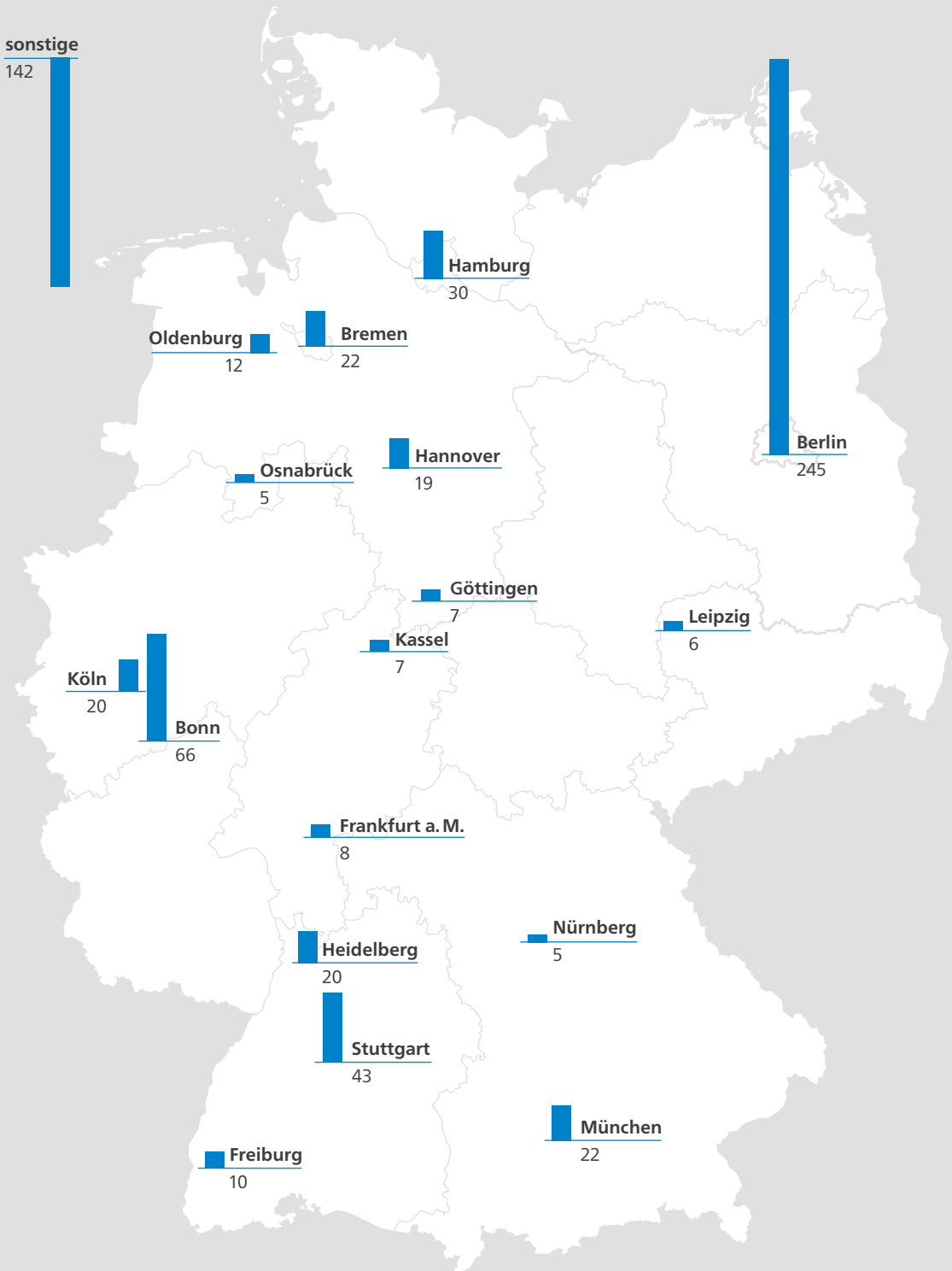


Abbildung 8: Anzahl der vom Forschungsinstitut IBSA erfassten BDS-Aktivitäten in verschiedenen deutschen Städten 2011–2019. Städte mit weniger als fünf Aktivitäten sind nicht angegeben.

Anzahl BDS-Aktivitäten

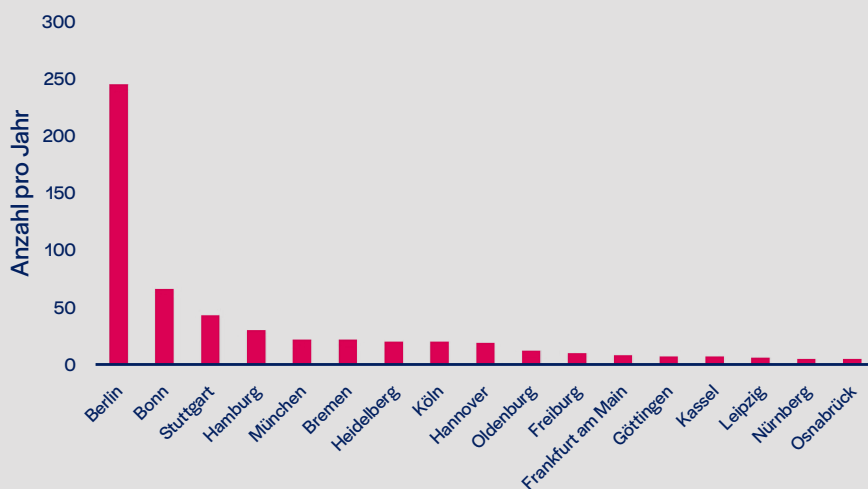


Abbildung 9: Grafische Übersicht der vom Forschungsinstitut IIBSA erfassten BDS-Aktivitäten in verschiedenen deutschen Städten 2011–2019. Städte mit weniger als fünf Aktivitäten sind nicht angegeben.

Folgende Formen von Aktivitäten ließen sich identifizieren:

Art der Aktivität	Anzahl
Veranstaltung	319
Kundgebung/Demonstration/ Versammlung	175
Offener Brief	47
Infostand	38
Konferenz	25
Störaktion	23
Redebeitrag	22
Aufruf zu BDS	20
Flugblattaktion	7
Festival	6
Flashmob	4
Andere	27

Abbildung 10: Übersicht der vom Forschungsinstitut IIBSA erfassten Aktivitäten in den Jahren 2011–2019 nach Formen der Aktivität aufgeschlüsselt.

Die Ausdrucksformen und thematischen Schwerpunkte der Aktivitäten der BDS-Akteur_innen reichen von Verharmlosungen der Schoa – etwa bei Boykottkundgebungen am Jahrestag der Pogrome vom 9. November 1938 – über wiederkehrende internationale Kampagnen der PFLP und der Hamas zum sogenannten „Nakba-Tag“, zum „Tag der palästinensischen Gefangenen“ und Kampagnen zu Al-Quds (Jerusalem) bis zu transnational orchestrierten Demonstrationen und Kampagnen – etwa zum sogenannten Gazakrieg 2014. Darüber hinaus gab es zahlreiche Kampagnen gegen einzelne Unternehmen. Diese richteten sich unter anderem gegen Hersteller von Sportbekleidung oder Wassersprudlern, aber auch gegen Unternehmen, die im Rüstungsbereich tätig sind. Auch Messen wie die „Internationale Tourismusbörse“ (ITB) in Berlin oder die Leipziger Buchmesse waren Ziele von Aktivitäten. Außerdem wurden, wie in Bremen, Supermärkte nach Waren aus Israel durchsucht und innerhalb von Supermärkten gegen israelische Produkte protestiert, was bei vielen Assoziationen zum antisemitischen Aprilboykott der Nationalsozialist_innen von 1934 hervorrief. Es gab auch Kampagnen gegen Künstler_innen aus arabischsprachigen Staaten, die auf internationalen Festivals auftreten wollen, auf denen auch israelische Künstler_innen vertreten waren. Diese sind für die Betroffenen besonders gefährlich. In arabischsprachigen Ländern führten solche Kampagnen regelmäßig zu massiven Sicherheitsproblemen und Bedrohungen für die Betroffenen.¹⁴⁹

Von Anfang an operiert die BDS-Kampagne gegen Israel mit dem Vorwurf der Apartheid. Verschiedene international tätige Menschenrechtsorganisationen griffen diesen Apartheiddiskurs im Laufe der Jahre auf. Allerdings lässt sich nicht eindeutig klären, wie relevant die BDS-Kampagne dabei war.

Eine zentrale Rolle für die Strategie von BDS-Akteur_innen spielen Versuche, mit ihren Aktivitäten auf die sozialen und politischen Kämpfe anderer Akteur_innen einzuwirken – etwa zu den Themen Antirassismus, LGBTIQ-Rechte¹⁵⁰ oder Umweltschutz und dabei Palästina als einen zentralen Bezugspunkt all dieser Kämpfe zu propagieren. Dies betrifft auch Aktivitäten zu den Themen Black Lives Matter, Postkolonialismus, Pinkwashing, Veranstaltungen im Rahmen des Christopher Street Days oder bei Fridays for Future. In einigen Fällen kam es dabei zu

149 Für Berlin können hier die Effekte der Kampagne gegen das Pop-Kultur-Festival genannt werden. Siehe Leister, Annika: Warum Künstler das Berliner Pop-Kultur Festival boykottieren. Es geht um 500 Euro von der israelischen Botschaft. <https://www.spiegel.de/kultur/pop-kultur-2017-der-boykott-von-kuenstlern-und-die-bds-kampagne-erklaert-a-00000000-0003-0001-0000-000001623203> (20.09.2023). Die Stimmung in einigen arabischen Ländern kann auch am Beispiel des Irak verdeutlicht werden. Das irakische Parlament stimmte 2022 dafür, die Aufnahme von (auch privaten) Kontakten zu Israel oder Israelis mit Gefängnis oder dem Tod zu bestrafen. Siehe dazu Cohen, Ben: Iraqs blood-curdling bill targets Israel (and its own people). <https://www.jns.org/iraqs-blood-curdling-legislation-targets-israel-and-its-own-people/> (20.09.2023) und قانون تجريم التطبيع مع الكيان الصهيوني (رقم) 1 لسنة 2022 [Gesetz Nr. 1 von 2022, das die Normalisierung mit dem zionistischen Gebilde unter Strafe stellt], 1 (2022). <https://moj.gov.iq/upload/pdf/4680.pdf>

150 LGBTIQ steht für lesbisch, schwul, bisexuell, trans*/transgeschlechtlich, inter*/intersexuell und/oder queer.

körperlichen Übergriffen, etwa bei Versuchen von BDS-Aktivist_innen, die eigene Teilnahme an Veranstaltungen entgegen der expliziten Ablehnung der Organisator_innen im Vorfeld mit Gewalt durchzusetzen. Ein Beispiel hierfür ist der Radical Queer March im Juni 2019 in Berlin-Kreuzberg (siehe Kapitel 5).¹⁵¹

Entwicklungen seit 2019


Seit der Zunahme von legislativen Erklärungen¹⁵² verschiedener Landesparlamente und Kommunen gegen Antisemitismus, Israel-Boykotte und die BDS-Kampagne und insbesondere seit dem Bundestagsbeschluss von 2019 veränderten sich Schwerpunkte und das Auftreten von BDS-Akteur_innen in Deutschland. Einerseits wandelten sich die Formen von Aktivitäten und die Strategien teilweise. Andererseits bezogen sich einige Akteur_innen seltener explizit positiv auf BDS. Hinzu kamen Strategien wie die Gründung neuer Gruppen sowie Aktivitäten, die nicht unter dem Label BDS laufen. Zu den explizit als Reaktion auf den Bundestagsbeschluss gegründeten Gruppen gehört die bundesweit agierende Struktur „Palästina Spricht“. Eine weitere Reaktion war eine internationale Unterschriftenaktion gegen Israel, zu der Gruppen aufrufen, die das BDS-Label vermeiden, deren Protagonist_innen aber in BDS-Gruppen aktiv sind, zum Teil in zentraler Rolle.¹⁵³ Zudem gewinnt die BDS-Kampagne Unterstützer_innen im kulturellen Bereich oder wird aus diesem zumindest stärker wahrnehmbar verteidigt und in Einzelfällen sogar offen propagiert (siehe Kapitel 7). Eine neue Form von Aktivitäten war die Führung strategischer Gerichtsprozesse. Auf europäischer Ebene wurde dazu ein Koordinationsnetzwerk und eine Organisation mit entsprechendem Schwerpunkt geschaffen. Auch in Deutschland wurden verstärkt Klagen angestrengt, etwa gegen die Untersagung der Nutzung öffentlicher Räume. BDS-Akteur_innen und Unterstützer_innen reagierten zudem zunehmend mit juristischen Mitteln auf kritische öffentliche Dokumentationen ihrer Aktivitäten.

Seit 2019 gab es zudem Abwehrkämpfe gegen den BDS-Bundestagsbeschluss und die daraus folgende Befürchtung der Nichtfinanzierung von BDS-Akteur_innen. Neben juristischen Klagen gegen die Anti-BDS-Beschlüsse von Kommunen, Bundesländern und Bundestag, zeigt sich dies insbesondere in der Verbreitung eines neuen Narrativs seit der Mbembe-Debatte, der GG 5.3 Weltoffenheit und der

151 Die Veranstalter_innen des Radical Queer March in Berlin hatten sich im Vorfeld gegen eine Teilnahme von BDS ausgesprochen. Eine organisierte Gruppe von BDS-Aktivist_innen verschaffte sich schließlich gewaltsam Zutritt zur Veranstaltung.

152 Siehe IIBSA 2020.

153 Dabei handelt es sich um eine Kampagne, an der die „Zweitorganisationen“ des ehemaligen Leiters des o.g. Palestinian Return Center sowie der Sprecherin von BDS Berlin beteiligt sind.



Eine zentrale Rolle für die Strategie von BDS-Akteur_innen spielen Versuche, mit ihren Aktivitäten auf die sozialen und politischen Kämpfe anderer Akteur_innen einzuwirken – etwa zu den Themen Antirassismus, LGBTIQ-Rechte oder Umweltschutz und dabei Palästina als einen zentralen Bezugspunkt all dieser Kämpfe zu propagieren.

documenta fifteen: Diesem zufolge sei der (Aufruf zum) Boykott jüdischer Israelis sowie israelischer Waren und Institutionen ein von der Meinungsfreiheit abgedecktes und damit zu schützendes Recht.

Während BDS-Aktivitäten in den ersten Jahren ab 2011 also lediglich in sieben Städten anzutreffen waren und eine vergleichsweise geringe mediale Resonanz hatten, nahm deren Anzahl in den folgenden Jahren sukzessive zu. Unterstützer_innen der Terrororganisationen PFLP und Hamas sowie deren (zentrale) Propagandaorganisationen in Europa spielten und spielen dabei eine zentrale Rolle. Im Jahr 2019 fanden BDS-Aktivitäten bereits in 21 Städten statt. Im Zuge der Thematisierung der BDS-Kampagne und der Kritik an dieser bildete sich ein organisierter Abwehrkampf gegen den Beschluss. Dieser formierte sich insbesondere nach dem BDS-Bundestagsbeschluss 2019 und den darauf bezogenen Verweigerungen von öffentlichen Räumen oder finanziellen Mitteln für BDS-Aktivitäten oder deren zentrale Akteur_innen. Der Abwehrkampf prangerte die Verurteilung von BDS an und initiierte eine Gegenorganisation sowie strategische Prozessführung. Die öffentlichen Auseinandersetzungen über BDS verlagerten sich so zunehmend von konkreten BDS-Aktivitäten auf mediale Diskussionen in Feuilletons über Meinungs- und Kunstfreiheit sowie die Kulturförderung, also auf den öffentlichen Diskurs und staatliche Förderungspraktiken. Dabei trafen die Debatten teilweise auf bereits vorhandene antiisraelische und antisemitische Haltungen und fanden so einen Resonanzboden.